

Durch kleine „Verlangt“ Anzeigen wird befriedigt

Wer Hilfe will im Hause, auf dem Lande oder der Fabrik, wer kaufen oder verkaufen will, wer Arbeit oder Geschäftsaussicht sucht, wer etwas verlorren hat oder wer Kapital braucht.

Tägliche Omaha Tribune

Leute mit Ersparnissen werden stets erreicht durch deutschen Zeitungen und können zu soliden Geldanlagen bemogen werden in Grundeigentum oder etablierten Geschäften

34. Jahrgang.

Omaha, Nebr., Mittwoch, den 11. April 1917.

-8 Seiten.-No. 25.

Amerika Kornkammer der Ententemächte!

Vor allen Dingen wird die Bundesregierung darauf bedacht sein, die Alliierten mit Nahrungsmitteln zu versehen.

Das Hinüberschaffen aber ist das Hauptproblem!

Washington, 11. April. — Die vorläufige Aufgabe der Ver. Staaten in diesem Krieg wird darin bestehen, die Alliierten zu füttern. Man muß gegenwärtig hier darauf bedacht sein, so viele Nahrungsmittel wie möglich anzusammeln und sie dann unter dem Schutz unserer Kriegsschiffe und solcher der Alliierten nach den Küsten Englands und Frankreichs zu senden.

Inzwischen werden hunderte von junger Leute hier für den Militärdienst ausgebildet, um später auf die europäischen Schlachtfelder geschickt zu werden. Am Sonntag aber macht sich eine Opposition gegen die Pläne der Administration betriebsmäßig geltend, die die Einführung des Zwangsdienstes für Armeen und Flotte geltend, trotzdem Präsident Wilson noch gestern ein Machtwort gesprochen und die Einführung derselben für unbedingt nötig hält.

Mehrere Mitglieder des Hauskomitees für Militärangelegenheiten werden jedoch im Komitee als auch vor offenem Hause darauf bestehen, daß man nicht eher zum Zwangsdiens übergehen solle, bis der Vorschlag vorliegt, daß das Freiwilligengesetz nicht genügt, die erforderliche Rekrutierung aufzubringen. Konstitution darf nach Ansicht der Gegner derselben unter keinen Umständen zum permanenten Gesetz gemacht werden, sondern höchstens

als Kriegsmaßregel während der Dauer des Krieges. Gegenwärtig befaßt sich fast jedes Regierungsdepartement mit der Frage, wie die Nahrungsmittelversorgung der Alliierten bewerkstelligt werden kann — und es ist ein riesiges Unternehmen, schon deshalb, weil hierzulande die Nahrungsmittel ebenfalls knapp und ungemein teuer sind. Man beschäftigt hunderte Millionen Acker und unbebautes Land zu bebauen und Nahrungsmittel zu züchten. Hunderte Schiffe werden dann zur Beförderung der Nahrungsmittel in Dienst gestellt werden — auch die beschlagnahmten deutschen und österreichischen Schiffe, wenn deren Niederlegung auch längere Zeit in Anspruch nehmen wird. Farmer, Arbeiter-Experte, usw., werden in den Dienst der Regierung gestellt werden, um den Brot- und Butterkrieg gegen die Zentralmächte zu führen.

Winnen sechs Monaten dürften die ersten amerikanischen Truppen auf dem europäischen Festlande erscheinen und in den Krieg eingreifen. Möglicherweise ist es, daß die Entsendung eines Expeditionskorps nach Europa allgemein gehalten werden wird; erst nachdem dieselben dort eingetroffen sind, werden wir hier davon erfahren.

Die Bewilligungsvorlage wird morgen im Hause unterbreitet werden. Dieselbe schreibt eine Bewilligung von \$5,000,000,000 vor, von welcher Summe \$3,000,000,000 die Alliierten erhalten sollen. Diese riesige Summe wird durch Bondausgaben aufgebracht werden. Man erwartet, daß die Vorlage Freitagabend oder Samstag angenommen werden wird. Da auch der Senat diese Angelegenheit so schnell wie möglich erledigen wird, so dürfte die Vorlage binnen zwei Wochen zum Gesetz erhoben werden.

In Regierungskreisen plant man, gewisse Bahnen für die Dauer des Krieges in den Staatsdienst zu stellen, um Mobilisierungsmaschinen zu dienen. Lediglich ist, daß heute hier bereits eine Konferenz von herborgerenden Eisenbahnmagnaten stattfindet, um die Angelegenheit zu fördern. Es handelt sich in dieser Konferenz gumeist um die Frage, wie die für die Alliierten bestimmten Lebensmittel baldmöglichst nach den Hafenstädten befördert werden können.

Waffen schmuggeln für Villa verhindert!

Torpedobootzerstörer sollen einen mit Munition beladenen Schoner aufgebracht haben.

San Diego, Cal., 11. April. — Hier verlautet, daß ein Versuch, Waffen und Munition für Villa durch Schmuggeln, von zwei Torpedobootzerstörern der Kriegsflotte abgefangen wurde, welche einer mit Munition und Geschossen beladenen Schoner überholt haben sollen. Beamte des Flottenamts, wie des Justizamts weigern sich, über die Sache zu sprechen, doch heißt es, daß der Fall nach Washington berichtet worden sein soll.

Kaut den Gerichten sollen die Bilisten \$1,500,000 für 25,000 Gewehre und 4,500,000 Kisten Munition bezahlt haben, welche von dem Schoner an einem Punkt der Pazifischen Küste abgeladen war. Derselbe wurde jedoch überfallen, und der Kapitän und die Besatzung, welche das Fahrzeug aufkauften ließen, sollen gefangen genommen worden sein.

Sehr viele neutrale Schiffe versenkt!

Washington, 11. April. — Seit Beginn des Krieges sind 686 Schiffe neutraler Nationen durch deutsche Tauchboote versenkt worden; unter diesen zerstörten Schiffen befinden sich 19 amerikanische. Erfolgreich angegriffen wurden 7 neutrale Schiffe, darunter 8 amerikanische. Diese Tabelle wurde gestern vom Staatsdepartement herausgegeben. Seit Inkrafttreten des verschärften U-Bootkrieges, am 1. Februar, gehörte ein Drittel aller versenkten Schiffe neutralen Nationen an. Eine große Anzahl anderer neutraler Schiffe wagte sich aus Furcht vor den Tauchbooten nicht aus ihren Häfen. Aus dem offiziellen Bericht geht hervor, daß ungefähr 250 Amerikaner, die auf verschiedenen Schiffen der Neutralen oder der Kriegführenden Dienst genommen hatten, getötet wurden.

Wilson's Botschaft für deutsche Soldaten!

London, 11. April. — Joseph Knapp von New York hat heute Sir Arthur Conan Doyle, \$1000 als Teil eines Fonds offeriert, der dazu verwendet werden soll, die Kriegsbotschaft des Präsidenten in deutscher Sprache zu übersetzen und dann Flugblätter davon mittels Aero-Pläne hinter den deutschen Linien verteilen zu lassen.

Dänemark bedauert Amerikas Vorgehen!

Der Eintritt der Ver. Staaten in den Krieg nicht gut angenommen.

Kopenhagen, 11. April. — Amerikas Eintritt in den Krieg ist in Dänemark sowohl in amtlichen Kreisen wie im Volke nicht günstig aufgenommen worden. Die Worte der Regierung sind in Dänemark nicht ohne Widerspruch in der Öffentlichkeit. Der Sozialistenführer Nedde Vorjerd wird demnächst nach Petrograd reisen, angeblich in Privatgeschäften, zweifellos aber auf einer Friedensmission.

Spanischer Dampfer auf den Meeresgrund!

Paris, 11. April. — Der spanische Dampfer San Fulgencio, welcher Kriegskonterbande an Bord hatte, ist von einem deutschen oder österreichisch-ungarischen Tauchboot versenkt und versenkt worden. Die Mannschaft wurde gerettet und bei Rantes gefolgt. Es wird behauptet, daß das Schiff ohne vorherige Warnung versenkt worden ist. Fulgencio war 1558 Tonnen groß.

Gerechte Handlung des Staatsjensats!

Die Senatoren weigern sich mit 21 gegen 9 Stimmen, das Modet-Gesetz für fremdsprachigen Unterricht zu widerrufen.

(Spezialbericht.) Lincoln, 11. April. — Der Staatsjensat von Nebraska hat Dienstag nachmittag bewiesen, daß er aus Männern besteht, die sich durch die Gehässigkeiten und Verdächtigungen, die der leidige Krieg mit sich bringt, nicht beeinflussen lassen. Er hat die Trumble Bill, Sausrolle 291, die den Widerruf des Modet-Schulgesetzes forderte, wozu nach der Deutschamerikaner und Unrecht in anderen modernen Sprachen in den Volksschulen eingeführt werden kann, nur der überparteilichen Mehrheit von 21 gegen 9 Stimmen abgelehnt.

Der Abstimmung über die Trumble-Vorlage, die im Haus angenommen war, ging eine Debatte voraus, die von Freund und Feind der Vorlage als eine der eindrucksvollsten bezeichnet wird, die im Oberhaus unserer Gesetzgebung seit längerer Zeit gehalten wurde. Die fähigsten Männer im Senat, Demokraten, Republikaner und Prohibitionisten beteiligten sich an der Debatte und zeigten eine Sachlichkeit und Aufrichtigkeit, die einen tiefen Eindruck machte.

Senator Deal eröffnete die Debatte mit der Forderung, daß die Trumble-Vorlage angenommen werden sollte. Er gab als Grund an, daß man dem Schularat keine Vorschriften in der Sache machen sollte.

Der berechtigte Senator Alberts von Platte County führte dann die Debatte weiter mit einer feiner Reden, die stets den tiefsten Eindruck machte. Senator Alberts sagte: Ich will mich nicht dem Wert der Trumble-Vorlage nicht beifügen, sondern bedauere, daß diese Vorlage in der jetzigen Kriegszeit zur Entscheidung vorliegt. Wie man sie auch deuten mag, sie wird als ein Schlag gegen unsere deutschamerikanischen Mitbürger ausgelegt werden. Diese Bürger, die zu unseren besten Söhnen, gegen gerade jetzt ein Beispiel von Bürgergutmütigkeit und Bürgerliebe, das die höchste Anerkennung verdient, und ich erlaube die Senatoren, nichts zu tun, das ihnen ihr Herzleid noch erhöht. Großer Beifall folgte den Worten.

Man gab es eine große Ueberraschung. Senator Sandall von York, der noch am Tage vorher darauf bestand, daß die Vorlage aus dem Sifting-Komitee herausgenommen wurde, erklärte, er müsse sich jetzt, nachdem er Senator Alberts gehört, seinen Worten anschließen. Auch er fenne und schätzte die Deutschamerikaner als Freunde und Bürger, und sollte dieses Gesetz angenommen werden, dann müßten sie es als einen Schlag empfinden, den er ihnen zu erteilen nicht bereit sei. Er fragte, ob das Gesetz nicht etwas verändert werden könnte, so daß es auch den Gegnern genehmigbar wäre. Durch die trefflichen Reden von Alberts und Sandall entzündet, ergriff Senator Deal nochmals das Wort und erklärte, daß er seine Handlungsweise nicht als gegen die Deutschen gerichtet angesehen haben wollte.

Senator Mattes erwiderte Senator Sandall, daß eine Abänderung des Modet-Gesetzes in der ersten Stunde der Legislatur unmöglich sei; daß er auch im Prinzip dagegen sei.

Senator McAllister, einer der ausgesprochensten Prohibitionisten, hielt hierauf eine radiante Rede für den Widerruf des Modet-Gesetzes. Man merkte aber sofort, daß er keinen Eindruck machte. Er übertrug das Wort des Zufälligen bei weitem und schied seiner Sache.

Senator Rainers antwortete ihm in ruhiger, sachlicher Weise und in dieser Weise, daß das Gesetz in diesen kritischen Stunden nicht zu widerrufen sei. Senator Moriarty sagte, bis jetzt hätten die Gegner des Gesetzes auch nicht einen einzigen Grund vorgebracht, woraufhin man den Widerruf des Gesetzes rechtfertigen könne. Senator Wilson, Vorkämpfer vom Komitee für Erziehungswesen, sagte das gleiche. Senator Chappell ließ dann eine mächtige Rede gegen das Gesetz los. Er sprach in ähnlicher Weise wie Senator McAllister. Im Verlaufe seiner langen Rede verlas er den Brief des Omaha Schulrates, worin der Widerruf des Modet-Gesetzes gefordert wurde. Er ging auf dieses bewundernde Schreiben in allen Einzelheiten ein und appellierte in dramatischer Weise an den Senat, das Gesetz abzuschaffen.

Alle Nachrichten passieren jetzt die englische Zensur!

Direkte Nachrichten aus Zentraluropa sind überhaupt nicht mehr erhältlich.

Da durch Schluß der Funkstationen nun auch auf drahtlosen Wege keine Nachrichten mehr aus den mitteleuropäischen Ländern direkt nach Amerika kommen können, da der Postverkehr gänzlich abgebrochen ist und alle Kabelnachrichten aus Europa die englische Zensur zu passieren haben, wird man alle Nachrichten von europäischen Kriegsschauplatz, sowie alle Nachrichten über innerpolitische Vorgänge in den europäischen Staaten unter diesem Gesichtspunkte betrachten müssen. Diejenigen hierzulande, die sich ein unparteiisches Urteil über die Weltereignisse der nächsten Zukunft bilden wollen, werden daher einer schwereren Geduldsprobe ausgesetzt sein.

Fordern Krieg gegen Deutschland!

Rio de Janeiro, 11. April. — Das Publikum im allgemeinen ist mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Brasilien und Deutschland einverstanden, nicht so aber ein großer Teil der Landespresse. Die Regierung wird aufgefordert, weiter zu gehen und Deutschland den Krieg zu erklären. Ferner wird die Resignation des Ministers des Meubren, Mueller, verlangt, weil er einen deutschen Namen hat.

Er oft Einwürfe und beantwortete alle Fragen, die Chappell und auch andere Senatoren im Verlaufe der Debatte stellten und zeigte in unüberleglicher Weise, daß die Opposition gegen das Gesetz von einer den Deutschen feindlichen Zeitung ausgegangen ist. Die Senatoren seien sich bewußt, daß niemals eine Sache mit solchen unredlichen Mitteln gefördert wurde, wie das Verlangen, das Modet-Gesetz zu widerrufen. Die Senatoren sollten solchen ungeredeten Feyern gegenüber ihren Mannesmut zeigen und ihnen beweisen, daß sie sich durch Entstellungen, Haß und Verleumdung nicht beeinflussen lassen.

Zum Schluß hielt Senator McAllister aus Sage County eine kurze Rede, die überzeugend wirkte. Er sagte, er sei im Prinzip nicht gegen das Modet-Gesetz; vielleicht sollte es jedoch in einigen Stellen verändert werden. Der Staat könne das Gesetz ruhig nach 2, 4 oder 6 Jahre bestehen lassen, um wirklich auszufinden, in welchen Punkte es verändert werden sollte. Gegenwärtig sei überhaupt nicht die Zeit, das Gesetz zu widerrufen. Eine Widerrufung in der Kriegszeit würde eine tiefe Kränkung der Deutschen bedeuten, moßte er und hoffentlich der ganze Senat nicht zu haben sei.

Dies bildete den Schluß der hochinteressanten Debatte, der viele Zuhörer bewohnten. Zahlreiche Hausmitglieder waren im Senatsaal anwesend, um die Debatte zu hören. Was sie da gehört haben, hat manchen in den Ohren geklingelt.

Die Abstimmung war wie folgt: Für die Bewerfung der Trumble-Widerrufungsvorlage stimmten die Senatoren: Adams, Albert, Buchanan, Bulmer, Dots, Gates, Knapp, Henry, Kohl, Zahners, Mattes, McAllister, Moriarty, Neal, Robertson, Samuelson, Sandall, Soop, Strehlow, Wilson (Dodge), Wilson (Frontier) — 21.

Dagegen: Deal, Chappell, Fager, Hammond, Howell, McAllister, Oberlies, Sawyer, Spirk — 9. Zwei Senatoren enthielten sich der Abstimmung: Bennett und Doubt; und einer, Senator Tanner, war abwesend.

Dieser Bericht kann nicht geschlossen werden, ohne auf die hervorragenden Dienste hinzuweisen, die sich auch Senator Strehlow um die Aufrechterhaltung des Gesetzes erworben hat. Er hat zwar in die Debatte nicht eingegriffen, appellierte aber am vorhergehenden Abend in demokratischer Haltung an seine Kollegen in ernstlicher Weise, die Trumble-Widerrufungsvorlage zu verwerfen, und war maßvoll in dieser Sache mit Erfolg tätig.

Argentinien und Uruguay neutral!

Geben jedoch zu, daß der amerikanische Kriegszustand gegen Deutschland gerecht ist.

Buenos Aires, 11. April. — Die Argentinische Republik hat heute offiziell erklärt, daß Amerikas Kriegszustandserklärung gegen Deutschland berechtigt ist, macht der Welt aber gleichzeitig die Mitteilung, daß sie nach wie vor strikte Neutralität bewahren werde. Was die argentinische Regierung mit der abgegebenen Erklärung bezweckt, ist nicht ganz klar, doch wird dieselbe dahin ausgelegt, daß man den Ver. Staaten von Amerika entgegen kommen will, um diese davon abzuhalten, ein Kohlenausfuhrverbot nach Argentinien zu erlassen. Man kann deshalb mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß Argentinien seinen später eingehenden Kurs noch nicht bestimmt hat.

Montevideo, 11. April. — Uruguay hat heute formell erklärt, daß es in diesem Kriege seine Neutralität nach wie vor aufrecht erhalten werde, heißt jedoch die vom Präsidenten in seiner Botschaft dargelegten Prinzipien gut. Eine Sonderung des Kongresses ist einberufen worden.

Rußland kämpft nicht für Gebietszuwachs?

Neue Regierung fordert jedoch das Volk auf, Deutschland zu besiegen.

London, 11. April. — Einer Reuterdepesche zufolge hat der russische Justizminister Kerenski während einer Rede, die er vor höheren Offizieren hielt, erklärt, daß Rußland einen Zuwachs von Gebiet nicht wünsche, aber die Freiheit, welche es genommen habe, bis zum Ende verteidigen würde.

Finnlands neuer Gouverneur gegen Frieden.

Ferner besagt eine Reuterdepesche, der neue Generalgouverneur von Finnland, Fredor Radtsig, habe die russischen Friedensbestimmungen in einer Rede, die er vor dem Kongreß der konstitutionellen Demokraten gehalten hat, sehr gerügt. Radtsig war früher in der Ruma der Führer dieser Partei. Er erinnerte in seiner Ansprache an die Opfer, welche Frankreich und England bei Gallipoli für Rußland gebracht hätten, und sagte, in Petrograd gebe es dreizehn Leute, die im Namen des Volkes von Frieden sprächen, während das Volk selbst schweige. Unsere Pflicht aber ist es, zur neuen Regierung zu halten, unsere Stimmen zu erheben und zu rufen: Rußland ist mit Euch, gibt in nichts nach, was seine Würde und seine Interessen betrifft.

Eine Regierungsproklamation.

Petrograd, über London, 11. April. — Die provisorische Regierung hat, wie gestern bereits kurz gemeldet, eine Proklamation erlassen, um das russische Volk zu einem energischen Kampf gegen den eindringenden deutschen Feind aufzufordern. In derselben wird die allgemeine Aufmerksamkeit auf die große Gefahr gelenkt, in welcher sich Rußland infolge eines zu erwartenden Hauptschlages der deutschen Armeen befindet.

Die Regierung erklärt, daß die alte abgelebte autokratische Regierung das Land in einem traurig organisierten Zustande zurückgelassen hat, besonders in Bezug auf Finanzen, Nahrungsmittelzufuhr, Munition und Transportation.

Die provisorische Regierung wird, heißt es dann weiter, mit größter Energie alle diese Schäden ausmergen. Das Volk vieler Städte des Vaterlandes ist in den 2 Kriegsjahren verlassenen worden, aber noch ist das Land fähig, dem Feinde einen wichtigen Schlag zu versetzen, einen Feinde, der ganze Gebiete des Landes besetzt hält und jetzt — in den Tagen der Geburt der russischen Freiheit — uns mit einem neuen, entsetzlichen Angriffe droht. Die Verteidigung unseres Landes, so wie sie sie wolle, und die Vertreibung des Feindes, der in unser Land eingedrungen ist, ist jetzt das Hauptziel unserer tapferen Truppen, welche in enger Union mit unseren Alliierten für die Freiheit der Völker kämpfen.

Kein Länderhunger.

Sierbi hält es die Regierung für ihre Pflicht, zu erklären, daß das freie Rußland nicht die Beherrschung anderer Nationen erlicke, noch die gewalttätige Besetzung fremder Länderstreifen. Rußland gelüftet es nicht, ihre

Hindenburg beendet Truppenaufmarsch!

London berichtet heute wieder über weitere große Erfolge; behauptet, daß an der Schlachtfrent alles nach Wunsch geht.

Die Stadt Rheims wird von Zivilisten geräumt!

Berlin, 11. April. über Kopenhagen und London. — Verschiedene Anzeichen lassen erkennen, daß Generalstabmarschall v. Hindenburg zur Zeit seine neuen strategischen Positionen vollendet, und daß sich die ausgedehnten Truppenverchiebungen für die durch das andauernde kalte Wetter etwas verzögerten Frühjahrsoperationen ihrem Abschluß nähern. Der Passagierverkehr auf den Eisenbahnen, der während der Truppenbewegungen in nur äußerst beschränktem Maße aufrecht erhalten wurde, ist wieder normal. Die deutschen Militärkritiker nehmen an, daß die ersten neuen Entwürfen aus den Truppenverchiebungen von dem westlichen Kriegsschauplatz kommen werden.

Briten „siegen“ weiter.

London, 11. April. — In einer heute früh von der Westfront hier eingetroffenen Depesche heißt es, daß die wichtigen Sommereschläge des Feldmarschalls Haig ihn der Hindenburg Linie weiter entgegen gedrückt hat. Das Dorf Moudy la Kreux haben die Briten erlitten. Auch auf anderen Punkten haben die Truppen des Feldmarschalls Haig Erfolge zu verzeichnen. Die Schlachtfrent nimmt nach und nach die Gestalt an, wie sie von der obersten

Explosion forderte mehr als 140 Tote!

Und über 150 wurden bei der Explosion in der Eddyfione Munitionsfabrik verletzt.

Chester, Pa., 11. April. — Laut vorläufigen Schätzungen sind bei der gestrigen Explosion in der Eddyfione Munitionsfabrik mehr als 140 Personen eines gewaltigen Todes gestorben, während man annimmt, daß über 150 verletzt wurden, obgleich eine genaue Zählung der Verwundeten bisher unmöglich war.

Viele der Leichen können überhaupt nicht mehr identifiziert werden. Manche waren demnach verbrannt, daß man selbst das Gesicht der Verunglückten nicht mehr unterscheiden konnte. Bei vielen waren Arme und andere Kleinigkeiten die einzigen Erkennungszeichen. Jetzt, da das Feuer genügend nachgelassen hat, wird eine nochmalige genaue Untersuchung der Trümmer begonnen werden, da man befürchtet, daß noch mehr Leichen darunter verborgen sind.

Zwei Verhaftungen vorgenommen.

Gestern Abend spät wurden der 25-jährige Samuel Cohen und dessen 50 bis 55 Jahre alter Vater in Verbindung mit der Explosion in Haft genommen. Sie behaupten in Philadelphia zu wohnen und waren auf mit Geldmitteln versehen. Die Polizei behauptet, bei einem der Verhafteten Briefe beladenen Inhaltes aufgefunden zu haben.

Planten Zerstörung von Wolkenkähbern!

Chicago, Ill., 11. April. — Vier Personen wurden hier auf allgemeine Verdachtsgründe hin verhaftet; sie sollen sich angeblich mit dem Plane getragen haben, mehrere hiesige Wolkenkähber mittels Dynamit zu zerstören. Die Verdächtigen wurden in dem Augenblick verhaftet, als sie den Versuch machten, sich Zutritt zu dem Zimmer eines der größten hiesigen Volkshäuser zu verschaffen. An ihrer Verhaftung fand man Pläne der unteren Stockwerke mehrerer Wolkenkähber vor, und in den Wohnungen der Verhafteten fand man genug Dynamit vor, um ein ganzes Häusergebiet zu zerstören.

Müssen in Mexiko bleiben.

Brownsville, Tex., 11. April. — Den im gegenüber gelegenen Matamoros wohnenden Deutschen, welche bisher noch bleiben die Grenze überschreiten konnten, ist von den hiesigen Einwanderungsbehörden der Rat erteilt worden, entweder in Mexiko oder in den Ver. Staaten zu bleiben, das Ein- und Ausgehen jedoch in Zukunft zu unterlassen.

Geerleitung gewünscht wird. Nebenlich von St. Quentin wird noch immer mit großer Erbitterung gekämpft.

Was die Franzosen melden. Paris, 11. April. — Die französische Regierung hat die Zivilbevölkerung von Rheims angewiesen, die Stadt zu verlassen. Während der letzten paar Tage haben die Deutschen nordöstlich von Rheims eine gewaltige Offensive eröffnet. Da man in und um Rheims große militärische Operationen erwartet, hat man es für geraten gehalten, die Zivilbevölkerung aus jenem Gebiet zu entfernen.

Paris, 11. April. — Amerikanische Uniformen und das Sternchenbanner wird man jetzt bald an der Westfront zu sehen bekommen, denn die Heeresführung hat der aus Amerikaner bestehenden 34. Infanterie-Regiment gestattet, amerikanische Uniform anzulegen und an ihren Flugzeugen amerikanische Fahnen zu führen.

Oesterreichs Kriegsminister resigniert!

Amsterdam, 11. April. — Die Wiener Zeitungen meldeten gestern Abend, daß der österreichisch-ungarische Kriegsminister Ritter v. Krauth resigniert und daß die Resignation vom Kaiser Karl angenommen wurde.

Untersuchung gegen Getreidespekulanten!

Chicago, 11. April. — Die Bundesgroßhandlungsbehörde hat heute mit der Untersuchung des kolossalen Steigens der Getreidepreise begonnen. Die Bundesregierung will sich vergewissern, ob das vereinte Vorgehen von sechs der hervorragendsten Getreidespekulanten die Preissteigerung und somit das Erziehen ungelagerter Profite veranlaßt habe. 35 Makler werden in den Untersuchungsakten gegen N. Ogden Armour, James Patton, A. J. Richfien, Arthur W. Cutten und die Winnow Grain Company aufgeführt werden. Es ist bekannt, daß Patton und Cutten ungeheure Getreidevorräte angehäuft hatten und an den Veräußerungen über eine Million Dollar „verdienten“.

Katholiken sind absolut landestreu!

Chicago, 11. April. — Erzbischof Mundelein gab heute die Erklärung ab, daß jedes katholische Hospital nebst Einrichtungs, Aertzen und Pflegerinnen in Chicago der Regierung für die Dauer des Krieges zur Verfügung gestellt werden wird. Der Kirchenfürst bürgerte für die Landestreu der katholischen Kirche in Amerika. „Wald“, so sagte er, „werden unsere jungen Leute die Heimal verlassen, um in Reich und Glied zu stehen; die Kirche wird ihnen auf das Schlachtfeld folgen; unsere bornierbaren Schwestern sind bereit, die Verwundeten zu pflegen und die Sterbenden zu trösten.“

Chicagos österr. Konsulat geschlossen. Chicago, Ill., 11. April. — Herr Sugo Silvestri, der österreichisch-ungarische Konsul, war von dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen seitens seiner Regierung nicht überrascht, sondern bereit, sein Amt dem ihm diesen Konsul gleich nach Eintreffen der amtlichen Benachrichtigung zu übergeben. Die Räume im Womans Temple werden geschlossen und die Geschäfte vom schweidischen Konsul C. G. O. Inderberg, No. 108 S. La Salle Str., weitergeführt werden.

Müssen in Mexiko bleiben.

Brownsville, Tex., 11. April. — Den im gegenüber gelegenen Matamoros wohnenden Deutschen, welche bisher noch bleiben die Grenze überschreiten konnten, ist von den hiesigen Einwanderungsbehörden der Rat erteilt worden, entweder in Mexiko oder in den Ver. Staaten zu bleiben, das Ein- und Ausgehen jedoch in Zukunft zu unterlassen.